



Zurück in der Schule

Maryan (13) hat einen Traum: Sie will Ärztin werden. **Weihnachtsaktion**



Auftakt der Papst-Reise

Franziskus ruft in Zypern zu Einheit in Migrationsfragen auf. **Seite 4**

Stofferl Well mit Herz

Der Musiker sammelt mit Blues-CD Geld für Herzoperationen. **Feuilleton**



AUS DER REGION

Corona-Lagebericht

Die aktuelle Coronalage war das Hauptthema der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung. **Seite 17**

Impfen mit vereinten Kräften

Mehr als 14 000 Impfungen pro Woche finden derzeit im Landkreis Passau statt. Die zwei Außenstellen des Impfzentrums sind in Betrieb. **Seite 25**

Heimattage werden nachgeholt

In der Gemeinde Untergriesbach laufen die Planungen für die Heimattage im Juli 2022. Das Thema lautet „Der Markt und seine Dörfer“. **Seite 23**

IM BLICKPUNKT

Bald Spitzentreffen zu Ukraine

Im Ukraine-Konflikt könnte es bald ein amerikanisch-russisches Präsidententreffen geben. Das zeichnete sich nach einem Gespräch der Außenminister ab. **Seite 5**

Daheim ist's am schönsten

Mittlerweile wohnt mehr als jeder vierte 25-Jährige noch bei den Eltern. Dabei erweisen sich Männer bis ins mittlere Alter als die größeren Nesthocker. **Journal**

WTA-Stopp für Tennis in China

Wegen der Affäre um die zwischenzeitlich verschwundene Peng Shuai will die Tennisspielerinnen-Vereinigung WTA 2022 keine Tennisturniere in China und Hongkong spielen. **Kommentar S. 2/Sport**

SERVICE

Börse: DAX bleibt unter Druck

DAX: 15 263 Punkte (-1,35 %).
Top: Vonovia 49,63 Euro (+1,6 %).
Flop: Delivery Hero 107,40 Euro (-7,21 %).

Das Wetter in der Region



Infos: www.pnp.de/wetter und auf

Seite 14

Heimatsport
Fernsehprogramm
Familienanzeigen

Seite 31
Seite 15
Seite 32

Internet www.pnp.de



Bei ihrer Verabschiedung durch die Bundeswehr erhielt Bundeskanzlerin Angela Merkel (M.) eine Urkunde. Am Großen Zapfenstreich nahmen auch Generalinspekteur Eberhard Zorn (l.) und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer teil. – F.: Kappeler, dpa

Merkel-Abschied mit Großem Zapfenstreich

Berlin. Mit einem Appell für respektvolles Miteinander und Optimismus verabschiedet sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach 16 Jahren von der politischen Bühne. „Ich möchte dazu ermutigen, auch zukünftig die Welt immer auch mit den Augen des anderen zu sehen“, sagte sie beim Großen Zapfenstreich zu ihren Ehren gestern Abend in Berlin. Merkel wünschte Deutschland „Fröhlichkeit im Herzen“ und mahnte zugleich zum Widerstand gegen Faktenleugner. Höchste Anerkennung zollte sie Ärzten und Pflegekräften, die sich mit aller Kraft gegen die vierte Welle der Pandemie stemmten, um Leben zu retten. – dpa/**Kommentar S.2/S.4**

Harte Regeln für Ungeimpfte

Bund und Länder beschließen Kontaktbeschränkungen – 2G im Handel – Begrenzte Zuschauerzahlen

Berlin. Zum Brechen der vierten Corona-Welle haben sich Bund und Länder auf bundesweit deutlich schärfere Vorgaben geeinigt. Diese reichen von erheblichen Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte bis hin zu 2G-Regelungen für den Besuch von Restaurants, Kinos, Theatern und anderen Freizeiteinrichtungen. Zusätzlich kann ein aktueller Test, also 2G plus, vorgeschrieben wer-

den. Auch in Läden – mit Ausnahme solcher für den täglichen Bedarf – kommen jetzt nur noch Geimpfte oder Genesene, unabhängig von Inzidenzen. Die Runde mit der scheidenden Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrem designierten Nachfolger Olaf Scholz (SPD) sowie den Ministerpräsidenten beschloss gestern auch eine deutliche Reduzierung der Zuschauerzahl für überregionale

Sport-, Kultur- und ähnliche Großveranstaltungen. Künftig dürfen maximal 30 bis 50 Prozent der Platzkapazität genutzt werden. In Innenräumen dürfen es höchstens 5000 Besucher und im Freien 15 000 sein. Private Zusammenkünfte, an denen nicht Geimpfte und nicht Genesene teilnehmen, sind auf den eigenen Haushalt sowie höchstens zwei Personen eines weiteren Haushalts zu be-

schränken. In Schulen gilt eine Maskenpflicht für alle Klassen. Um die Impfkampagne zu beschleunigen, können sich daran künftig auch Zahnärzte, Apotheker und Pflegefachkräfte beteiligen. Bund und Länder gehen davon aus, dass eine allgemeine Impfpflicht ab Februar kommen könnte. Der Ethikrat soll bis Jahresende eine Empfehlung dafür erarbeiten. – dpa/**Standpunkt/Seite 3**

STANDPUNKT

Ende der Zauderei

Von Ernst Fuchs

Na also, es geht doch, auch wenn alle sich viel zu viel Zeit gelassen haben, über die wir nicht verfügen: Die Bundesländer, die Noch- und die Nicht-Bundesregierung sind aus ihrem pandemischen Tiefschlaf der letzten Wochen erwacht und haben sich auf eine Verschärfung der Corona-Regeln geeinigt, auf einen Turbo für das Impfgesehen, vor allem aber auf knallharte Beschränkungen für Ungeimpfte: Kein Wirtshaus, kein Weihnachtseinkauf, kein Friseur...

Die Politik befindet sich dabei in guter Gesellschaft mit der Mehrheit der Bevölkerung: Angesichts der explodierenden Infektionszahlen gehen sechs von zehn Deutschen die bestehenden Schutzmaßnahmen nicht weit genug. Kein Wunder: Angesichts der Dramen in vielen Krankenhäusern wäre es auch unverantwortlich, die Pandemie mehr oder weniger laufen zu lassen wie bisher. Impfkampagne und Beschränkungen, auch bei Großveranstaltungen, hätten deutlich früher viel offensiver betrieben werden müssen. Ob sie nun noch rechtzeitig kommen, um die Pandemie über Weihnachten zu entspannen, kann niemand verbürgen – und wird wohl auch davon abhängen, wie konsequent die neuen Regeln umgesetzt werden, ob genügend Impfstoff vorhanden ist und wirklich jeder mitimpfen darf, der eine Spritze fachkundig halten kann.

Politisch wird eine neue Impfpflicht im Frühjahr 2022 wohl nicht mehr aufzuhalten sein. Sie hilft nicht heute oder morgen, aber sicher gegen eine fünfte Welle. Die künftige Ampel-Regierung kann wegen Corona mit keiner Schonfrist rechnen. Die Pandemie bietet Chancen und Risiken: SPD/Grüne/FDP können Reputation gewinnen – oder aber so missglückt starten, dass es zu einer schweren Hypothek für die ganze Amtszeit wird.

Generalstaatsanwalt prüft AfD-Chatgruppe

München. Die Generalstaatsanwaltschaft München prüft radikale Äußerungen in einer Telegramm-Chatgruppe der AfD. Übernommen wird das von der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET), teilte ein Sprecher der Ermittlungsbehörde gestern mit. Am Mittwoch war bekannt geworden, dass Teilneh-

mer der „Alternativen Nachrichtengruppe Bayern“ unter anderem über gewalttätige Proteste und einen Bürgerkrieg in Deutschland diskutiert hatten. Die Prüfung durch eine Staatsanwaltschaft ist nicht gleichbedeutend mit einem Ermittlungsverfahren. Zunächst wird überprüft, ob eine Straftat vorliegen könnte. – lby/**Bayern**

SPD-Vize Kühnert soll Generalsekretär werden

Berlin. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Kevin Kühnert (32) soll Medienberichten zufolge neuer Generalsekretär der Partei werden. Darauf habe sich eine SPD-Spitzenrunde geeinigt, berichteten gestern der „Spiegel“ und das Portal „The Pioneer“ übereinstimmend. Von der Partei gab es zunächst keine Bestätigung. Eine Spre-

cherin verwies auf Sitzungen von Präsidium und Vorstand heute. Dort könnte die Personalia offiziell abgesegnet werden. Der frühere Juso-Vorsitzende Kühnert ist seit Ende 2019 Vizechef der Partei. Der Posten des Generalsekretärs wird frei, weil sich der bisherige Amtsinhaber Lars Klingbeil (43) um den Parteivorsitz bewirbt. – afp

Neues Polit-Beben in Österreich

Wien. Zwei Paukenschläge an einem Tag in der österreichischen Politik: Knapp zwei Monate nach seinem Rücktritt als österreichischer Bundeskanzler hat Sebastian Kurz seinen vollständigen Rückzug aus der Politik verkündet. Seine Ämter als Vorsitzender der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und als Fraktionschef werde er am heutigen Freitag abgeben, sagte der 35-Jährige. „Für mich beginnt ein neues Kapitel, das ich heute aufschlagen darf.“ Am frühen Abend kündigte dann Kurz' Nachfolger als Regierungschef, Alexander Schallenberg, seinen Rücktritt an. Er werde sein Amt zur Verfügung stellen, „sobald parteiintern die entsprechenden Weichenstellungen vorgenommen sind“, erklärte der Kanzler.

Schallenberg sprach sich dafür aus, dass künftig wieder der ÖVP-Vorsitzende die Regierung führen soll. Dieses Parteiamt wolle er aber nicht übernehmen. Als neuer ÖVP-Chef – und somit auch möglicher Bundeskanzler – ist nun der derzeitige Innenminister Karl Nehammer im Gespräch. Kurz begründete seine Entscheidung zum einen mit den gegen ihn laufenden Korruptionsermittlungen. Wegen der „Abwehr von Vorwürfen, Unterstellungen und Verfahren“ sei seine „Leidenschaft für Politik“ zuletzt weniger geworden, sagte er. Zugleich bekräftigte er seine Unschuld. Auch wenn es Jahre dauern könne, freue er sich auf den Tag, an dem er vor Gericht „beweisen kann, dass die Vorwürfe gegen meine Person schlicht und



Er freue sich auf mehr Zeit mit der Familie, sagte ÖVP-Chef Sebastian Kurz (l.) bei der Erklärung seines Abschieds als Politiker. Später kündigte auch Kanzler Alexander Schallenberg seinen Rücktritt an. – Fotos: dpa

ergreifend falsch sind“. Kurz war am 9. Oktober nach Vorwürfen der Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit als Regierungschef zurückgetreten, war aber als Abge-



ordneter und ÖVP-Fraktionsvorsitzender in den Nationalrat zurückgekehrt. Mitte November hob das österreichische Parlament seine Immunität auf und machte den

Weg für weitere Korruptionsermittlungen frei.

In den Ermittlungen gegen ihn und einige enge Vertraute geht es um den Vorwurf, Kurz' Team habe dessen Aufstieg seit 2016 durch geschönte Umfragen und gekaufte Medienberichte befördert. Im Gegenzug sollen hohe Summen, darunter auch Steuergelder, für Anzeigen geflossen sein.

Zweiter Grund für seinen Abschied aus der Politik sei die Geburt seines Sohnes Konstantin vor wenigen Tagen, so Kurz. Er freue sich darauf, „Zeit mit meinem Kind und meiner Familie zu verbringen, bevor ich mich im neuen Jahr neuen Aufgaben widmen werde“. Nähere Angaben zu der künftigen Tätigkeit machte er nicht. – afp/**Kommentar S. 2/S. 4**